

Künstler vor dem Reichstag



Petra Kohse

weiß, warum die Jamaika-Gespräche die Kultur noch aussparen

Zugegeben: Die Teilnehmer am Flashmob der Kulturschaffenden am Montagnachmittag vor dem Reichstag konnten von den Initiatorinnen alle mit Handschlag begrüßt werden. Bei weitem nicht jeder der theoretisch unterstützenden Künstlerverbände hatte Vertreter geschickt, und insgesamt handelte es sich bei dem leicht angeglitzerten Grüppchen, das am Ende auf bunten Plakaten Berücksichtigung in den Sondierungsgesprächen anmahnte, allenfalls um einen kulturellen Flashmops.

Was der Bedeutung der Sache selbst keinen Abbruch tut. Sehr richtig hatte der Bund der Szenographen übers Wochenende darauf aufmerksam gemacht, dass in den Koalitionsverhandlungen zwar schon über die Legalisierung von Cannabis gesprochen worden sei, Kulturpolitik aber keine Rolle spiele. Und das, obwohl „der Beitrag der Kultur- und Kreativwirtschaft zur volkswirtschaftlichen Gesamtleistung in Deutschland vergleichbar ist mit dem der Automobilindustrie“. Und obwohl es dringenden Gesprächsbedarf gibt. Denn zwischen den kulturpolitischen Programmen von CDU/CSU und den Grünen gibt es vielleicht noch Gemeinsamkeiten. Aber nimmt man die FDP hinzu, ist die Schnittmenge Null.

Tatsächlich sucht man schon auf der Internetseite der FDP zwischen A wie Asylpolitik und S wie Start-Up vergeblich ein K wie Kultur. Erst in den Tiefen des Programmes finden sich ein paar Forderungen, von denen die meisten von den Jamaika-Partnern rundweg abgelehnt werden müssten: Eine Reform des öffentlichen Rundfunks etwa strebt zwar auch die CDU an, aber nur im Sinne einer Verschlankung und keinesfalls mit halbierten, sondern stabilen Beiträgen, und die Grünen träumen sogar von Werbefreiheit, was auf eine Erhöhung der Beiträge hinauslaufen müsste. Oder nehmen wir das Urheberrecht: Grüne und CDU verstehen „Modernität“ in diesem Zusammenhang als Urheberschutz in Zeiten der Digitalisierung, während die FDP stärker die Rechte der Nutzer und Investoren vertreten sehen will.

Was nun das zentrale Anliegen der Künstler angeht, die Verbesserung der sozialen Situation der Freischaffenden, die teils durch alle bisherigen Systeme fallen, so haben die Grünen mit der Bürgerversicherung hier durchaus einen Vorschlag. Auch die CDU sieht Handlungsbedarf. Die FDP indessen will die Sozialabgaben insgesamt ja senken und hat schon im Zusammenhang mit dem Kulturgutschutzgesetz der CDU von „schleichendem Sozialismus“ gesprochen. Verständlich also, dass die Kulturpolitik auf der Reise nach Jamaika bislang ausgeklammert wurde. Aber natürlich nicht akzeptabel.